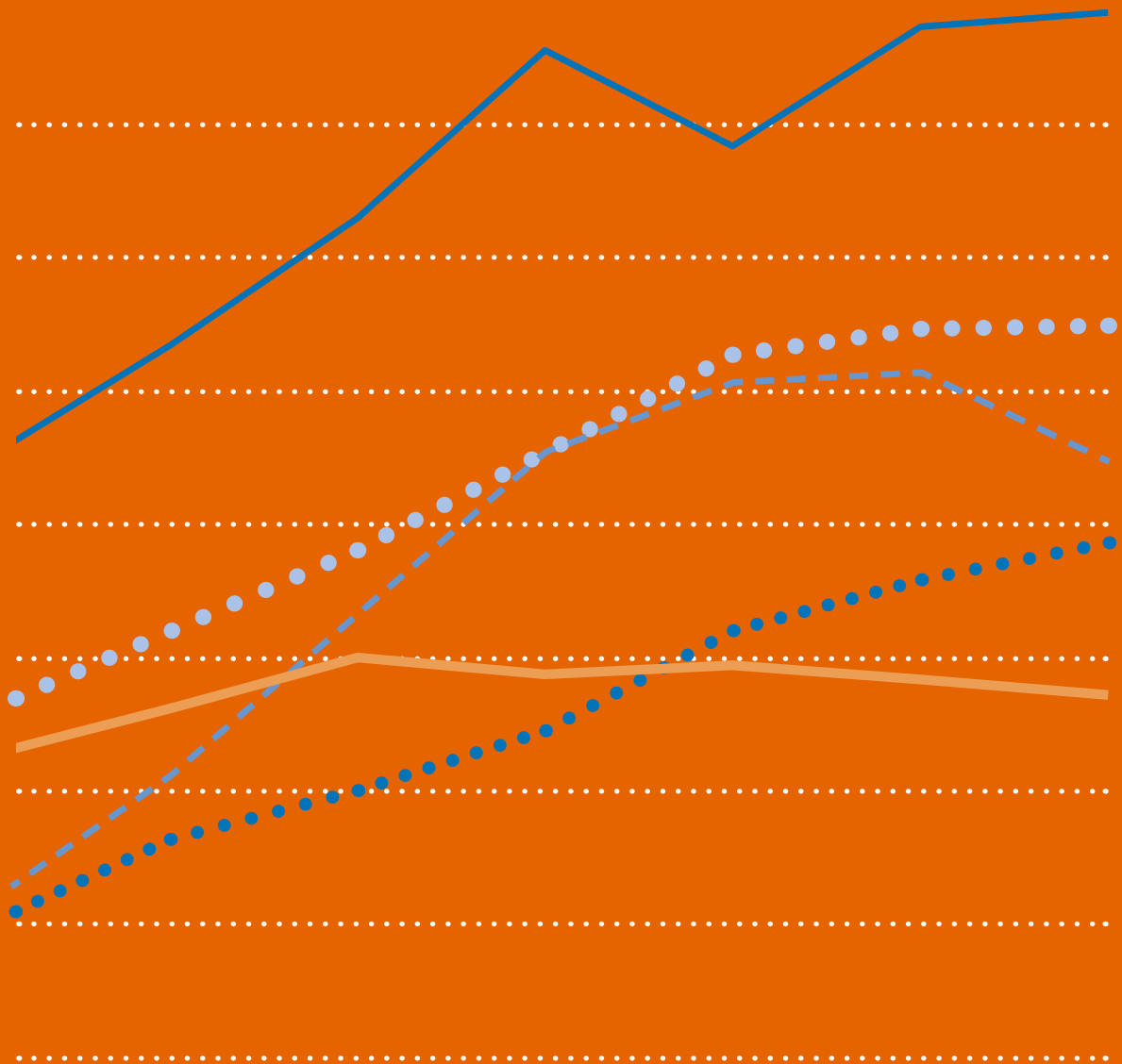


Von der Finanzkrise zur Staatsfinanzierungskrise in Europa



Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise? Wie ist die privatwirtschaftliche Finanzkrise zu einer Staatsfinanzkrise geworden?

—

Einführung

II.1 Arbeitsblatt: Ursachen der globalen Finanzkrise

- M1: Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft (*Böckler Impuls*)
- M2: Diagramm zu Realvermögen und Finanzvermögen
- M3: Diagramm zu Gewinnen und Investitionen
- M4: Tabelle – Investitionsentscheidungen
- M5: Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze? (*Der Tagesspiegel*)

II.2 Arbeitsblatt: Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

- Methode: Gruppenpuzzle
- M1: Schaubild – Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise
- M2: Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise

II.3 Arbeitsblatt: Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

- M1: Schaubild – Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa
- M2: Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise
- M3: Krisenmanagement (*Hans-Böckler-Stiftung*)

—

II.4 Arbeitsblatt: Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

- M1: Die neoklassische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M2: Die keynesianische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M3: Diagramm zum Schuldenstand der Eurostaaten
- M4: Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa
- M5: Die marxistische Krisenerzählung (*die tageszeitung*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infoblatt – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Im September 2008 wurde eine amerikanische Investmentbank – Lehman Brothers – schlagartig in der ganzen Welt bekannt, nämlich als sie zusammenbrach. Was war geschehen? Bereits in den Jahren davor war es in der Wirtschaft und insbesondere in der Finanzwelt zu Verwerfungen gekommen. Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben führte dazu, dass immer mehr Geld (sowohl Einkommen als auch Vermögen) bei den reicheren Bevölkerungsschichten landete. Diese konsumieren aber einen geringeren Anteil ihres Einkommens als es ärmere Bevölkerungsschichten tun würden. Dies hat zweierlei Folgen: Zum einen wird immer mehr Geld in spekulative Finanzobjekte gesteckt (»investiert«). Und zum anderen ist der gesamte Konsum bei einer schiefer werdenden Verteilung geringer. Natürlich merken die Unternehmen dies auch und in Folge der geringeren erwarteten Nachfrage wird weniger investiert.

In den USA senkte die Zentralbank zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den 2000er Jahren die Zinsen. Diese Politik des billigen Geldes führte zu einem Boom im Immobiliensektor. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite aufgenommen. Diese Immobilienblase platzte als die Nachfrage nach den Häusern und damit ihr Wert wieder zurückging. Damit platzten aber auch die Kredite. Das Besondere war, dass die Banken die von ihnen vergebenen Kredite längst weiter verkauft hatten. Was eigentlich der Risikostreuung und damit Risikominderung dienen sollte, entpuppte sich als Irrsinn. Denn jetzt hatten unglaublich viele Banken »faule« Kredite, die nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wurden, in ihren Büchern stehen. D. h., die Banken konnten ihre eigenen Schulden nicht zurückzahlen.

Bei Lehman Brothers wurde ein Exempel statuiert. Die US-amerikanische Regierung hat die Bank nicht gerettet – sie ging pleite. Die anderen Banken, die fast alle Schwierigkeiten hatten, waren jetzt nicht mehr sicher, ob nicht weitere Institute pleite gehen könnten – und hörten über Nacht auf, sich gegenseitig Geld zu leihen. Der Schmierstoff der Wirtschaft ging plötzlich aus. In Europa hat die Europäische Zentralbank hier eingegriffen und den Banken Geld zur Verfügung gestellt – die meisten hatten dadurch erst mal Zeit gewonnen.

Für einige Banken aber reichte das nicht. Sie brauchten zusätzliche (Rettungs-)Gelder vom Staat. Das geschah praktisch in allen europäischen Ländern – mal mehr (Irland, Griechenland, Spanien), mal weniger. Auch in Deutschland rettete der Staat Banken wie die Commerzbank oder die HypoRealEstate-Bank mit Milliardenbeträgen. Die Staaten mussten das notwendige Geld in kurzer Zeit aufbringen, das heißt sie liehen sich das Geld für die Bankenrettung auf den Kapitalmärkten. Im Ergebnis ist der Schuldenstand der betroffenen Staaten stark gestiegen.

Diese Staaten mussten also höhere Kredite aufnehmen und dafür in der Regel höhere Zinsen zahlen. Denn hier kamen die »Märkte« ins Spiel. Wenn sich auf den Märkten, d. h. bei den Finanzinvestoren der Eindruck durchsetzt, dass ein Staat seine Kredite vielleicht gar nicht oder nur teilweise zurückzahlen kann, dann kann er sich neues Geld nur für höhere Zinsen leihen. Das führt aber wieder zu steigenden Ausgaben. Um die Kreditwürdigkeit der Staaten aufrechtzuerhalten wurden in Europa nach und nach »Rettungsschirme« beschlossen. Diese funktionieren in der Regel so, dass die (solventen) Länder sich – gegen geringe Zinsen – Geld leihen und dieses den Krisenländern – gegen etwas höhere Zinsen – weitergeben. Das bedeutet übrigens auch, dass bei dieser Art von »Staatenrettung« erstmal keine Kosten entstehen, sondern sogar leichte Zinsgewinne erzielt werden.

Die »Geldgeber« – repräsentiert durch die »Troika« (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) – machten den Krisenländern strenge Auflagen. Gemäß dem neoliberalen Credo, dass die Wirtschaft am besten funktioniert, wenn sich der Staat aus der Wirtschaft heraushält und die Unternehmen nur gute Rahmenbedingungen vorfinden müssen, wurden in den Krisenländern öffentliche Leistungen, Gehälter, Mindestlöhne, Renten usw. gekürzt – und Arbeitskräfte entlassen. Man müsse nur »sparen« (= kürzen) und dann würde sich die Lage der Staatsfinanzen wieder stabilisieren – so die (neoliberale) Idee dahinter.

Zunächst brachen z. B. in Griechenland in Folge der geschrumpften Wirtschaft die Steuereinnahmen ein und die Wirtschaft schrumpfte – womit die Staatsschuldenquote weiter anstieg. Aus der Krise »heraus sparen« – das funktioniert nicht und geht auf Kosten der einfachen Bürgerinnen und Bürger. Gerettet werden so nur die Banken

und damit die Vermögen der Reichen (und der Kreditgeber bspw. in Deutschland).

Aber es gibt andere Lösungen. Dazu gehört die Vergemeinschaftung der staatlichen Schulden (z. B. über Eurobonds), zusätzliche Ausgaben um die Wirtschaft der Krisenländer anzukurbeln, eine Verringerung deutscher Exportüberschüsse z. B. durch die Stärkung der Binnennachfrage

in Deutschland, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und weiteres mehr. Vor allem aber muss dies solide finanziert werden – wozu eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe gehören. Damit kann die Wirtschafts- und Finanzkrise bekämpft werden und die »Lasten« tragen dann diejenigen, die von der Rettung in erster Linie profitiert haben: die Vermögenden. ■

Zu den Elementen des Moduls

- In [Arbeitsblatt II.1](#) geht es um die Ursachen der globalen Finanzkrise. Zunächst setzen sich die Lernenden mit einem *Text aus der Reihe Böckler Impuls (M1)* auseinander, in dem argumentiert wird, dass die relativ zurück gehenden Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen dazu geführt haben, dass das anlagesuchende Kapital in die Finanzwirtschaft überführt wurde. Dies wird dann anhand zweier Diagramme zur Entwicklung von *Realvermögen und Finanzvermögen (M2)* sowie zur Entwicklung von *Gewinnen und Investitionen (M3)* überprüft. Anschließend überlegen die Lernenden anhand einer *Tablette (M4)* in Kleingruppen, in welchen Situationen sie als Unternehmer_innen investieren würden und setzen sich auf dieser Basis mit der These auseinander, dass die Profite von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Abschließend wird diese These noch einmal mit Bezug auf einen Artikel aus dem *Tagesspiegel (M5)* kritisch diskutiert.
- [Arbeitsblatt II.2](#) behandelt den Weg von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise. Mit der *Methode des Gruppenpuzzles* bearbeiten die Lernenden verschiedene Aspekte eines *Schaubildes zur Entwicklung der Krise (M1)*. Dazu ziehen sie kurze *Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise (M2)* heran und bereiten einen eigenen Kurzvortrag zum Verlauf der Krise vor.
- In [Arbeitsblatt II.3](#) wird thematisiert, wie sich die ursprüngliche Bankenkrise in den USA zu einer Wirtschafts- und Staatsfinanzkrise in Europa entwickelte. Auf der Grundlage eines *Schaubildes (M1)* versetzen sich die Lernenden in die Rollen von europäischen Banken, Unternehmen und Bürger_innen und erschließen sich so die Auswirkungen der US-Immobilienkrise

auf die Wirtschaft in Europa. Anschließend nehmen sie zu der Frage Stellung, ob der Staat in der Krise eher sparen oder investieren sollte. Dabei beziehen sie ein *Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise (M2)* sowie eine *Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung (M3)* zum relativ erfolgreichen deutschen Krisenmanagement in der Phase 2008 bis 2010 ein.

- [Arbeitsblatt II.4](#) thematisiert, dass es – je nach wirtschaftswissenschaftlicher Theorie – mehrere Sichtweisen auf die krisenhaften Entwicklungen gibt. Zunächst teilen sich die Lernenden in zwei Gruppen, die sich einmal mit der *neoklassischen Krisenerzählung (M1)* und einmal mit der *keynesianischen Krisenerzählung (M2)* auseinandersetzen. Beide Gruppen bereiten einen Kurzvortrag zu »ihrer« Krisendeutung vor und entscheiden, ob sie zur Untermauerung ein *Diagramm zum aktuellen Schuldenstand der Eurostaaten (M3)* oder ein *Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa (M4)* heranziehen. Anschließend diskutieren die Lernenden, welche Erzählung sie für plausibler halten. Abschließend werden die beiden Erzählungen mit einer dritten, nämlich der *Krisenerzählung im Anschluss an Karl Marx (M5)* verglichen. ■

Ursachen der globalen Finanzkrise

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Welche Entwicklungen werden in M1 beschrieben und worin sieht der Autor das zentrale Problem?
2. Inwiefern wird die Position aus M1 durch die Diagramme M2 und M3 gestützt oder widerlegt?
- 3a. Stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmer_in. Überlegen Sie, in welchen Situationen (A bis H) in der Tabelle M4 Sie Ihre Investitionen ausweiten würden. Füllen Sie die Tabelle aus (ja/nein) und diskutieren Sie anschließend Ihre Überlegungen in Dreiergruppen.
- 3b. Häufig wird formuliert, dass Unternehmen dann investieren, wenn sie gute Gewinne machen.

»Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen.« Für das staatliche Handeln bedeutet dies, dass in erster Linie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden müssten und dann würden diese Investitionen tätigen – und Arbeitsplätze schaffen. Diskutieren Sie diese These.

4. Beurteilen Sie den Zusammenhang von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen in M5. Sprechen Ihre Entscheidungen in der Tabelle für oder gegen diesen formulierten Zusammenhang? Welche Argumente werden im Text genannt? Stützt das Diagramm M3 den behaupteten Zusammenhang oder widerspricht es ihm? _____

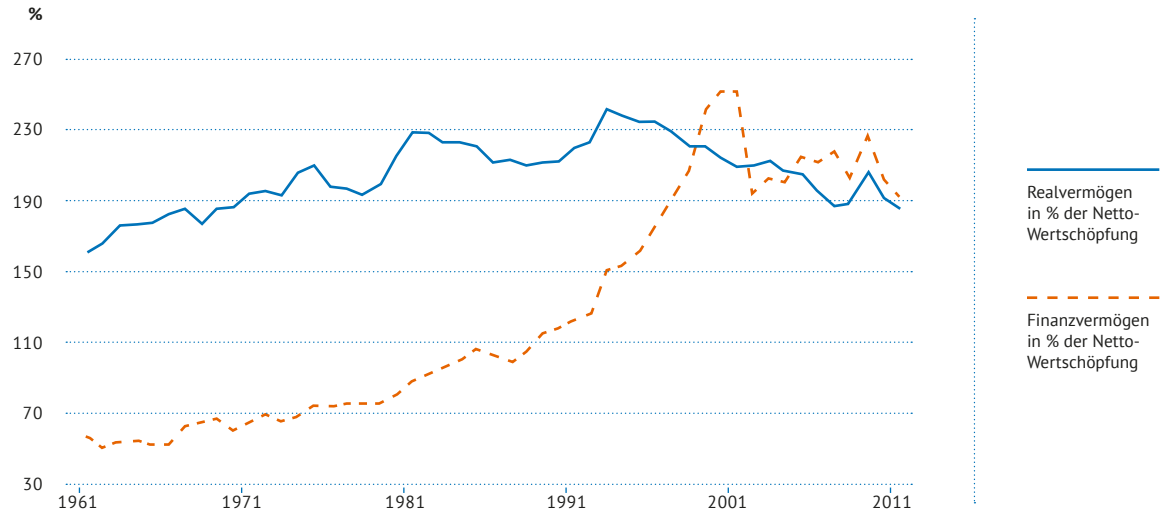
M1 Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft

1 »Das Gewinnstreben der Unternehmen verlagert
 sich von der realen Wirtschaft in die Finanzsphäre,
 schreibt der Ökonom [Schulmeister] vom Österrei-
 chischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
 5 Investitionspläne, die vor 30 Jahren ohne Zögern
 umgesetzt worden wären, landen heute oft in der
 Ablage. Begründung: Verglichen mit den am Fi-
 nanzmarkt zu erzielenden Renditen lohnt sich der
 Bau einer neuen Fabrik oder Fertigungsstraße
 10 nicht. So konkurriert der Finanzsektor mit der
 nicht-virtuellen Wirtschaft um Geld – statt sie mit
 Investitionsmitteln zu versorgen. Schulmeister sieht
 darin die »strukturelle Hauptursache« für das An-
 wachsen der Arbeitslosigkeit seit den 70er-Jahren.
 15 Einige Eckdaten machen deutlich, welche Di-
 mensionen die Börsenspekulation angenommen
 hat:
 - Die Umsätze im Handel mit Devisen, Aktien,
 Anleihen, Wetten auf zukünftige Kurse und an-
 20 deren Finanzprodukten summierten sich 2006
 auf etwa 13.000 Milliarden Dollar – pro Tag.
 Der überwältigende Teil dieser Transaktionen
 entfällt auf die Finanzmärkte in den Industrieländern,
 ihr Volumen war 2006 nahezu 100
 25 Mal höher als das nominelle Bruttoinlandsprodukt
 (BIP) dieser Länder.
 - Das größte Gewicht haben kurzfristig-spekulative
 30 Geschäfte mit so genannten Derivaten wie
 Futures oder Optionen. Das sind ursprünglich
 für Absicherungsgeschäfte konstruierte Wert-
 papiere, mit denen Anleger auf die künftige
 Entwicklung von Devisen-, Aktien-, Rohstoff-
 oder anderen Preisen spekulieren können. Zwischen
 1986 und 2006 nahm der globale Deriva-

tehandel mit einer jährlichen Wachstumsrate
 von gut 20 Prozent zu.
 - Besonders stark expandierte der Börsenhandel
 mit Finanzderivaten – an dem sich zunehmend
 auch Amateure beteiligen. In Europa wuchs der
 Börsenhandel mit solchen Papieren zwischen
 40 2000 und 2006 um 28,6 Prozent pro Jahr und
 erreichte 2006 annähernd das 40-fache des BIP.
 Fast 99 Prozent dieser Umsätze entfallen auf
 Großbritannien und Deutschland.
 [...] Die Sogwirkung der Finanzmärkte verhin-
 45 dere, dass genügend neue Arbeitsplätze in der rea-
 len Wirtschaft entstehen, argumentiert Schulmeister.
 Zwar gingen viele Ökonomen davon aus, dass
 der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand
 50 von der Höhe der Reallöhne, der Regulierung
 des Arbeitsmarkts und den Arbeitsanreizen für
 Erwerbslose abhinge. Nach Schulmeister ist je-
 doch die Realkapitalbildung entscheidend: Neue
 Arbeitsplätze, die »dem europäischen Produk-
 55 tivitäts- und Einkommensniveau entsprechen«,
 erforderten vor allem hohe Investitionen. Und
 wegen des technischen Fortschritts seien pro Ar-
 beitsplatz immer höhere Investitionen nötig. Em-
 pirische Daten aus den USA, Japan und Deutsch-
 60 land zeigen dem Wirtschaftsforscher zufolge, dass
 die Kapitalintensität je Arbeitsplatz seit 1960 »in
 jedem einzelnen Jahr, in jedem Sektor, in jeder der
 drei Volkswirtschaften« gestiegen ist – in Phasen
 steigender Reallöhne genauso wie in Phasen real
 65 sinkender Verdienste.« ■ Quelle: Böckler Impuls 2/2008

M2 Realvermögen und Finanzvermögen

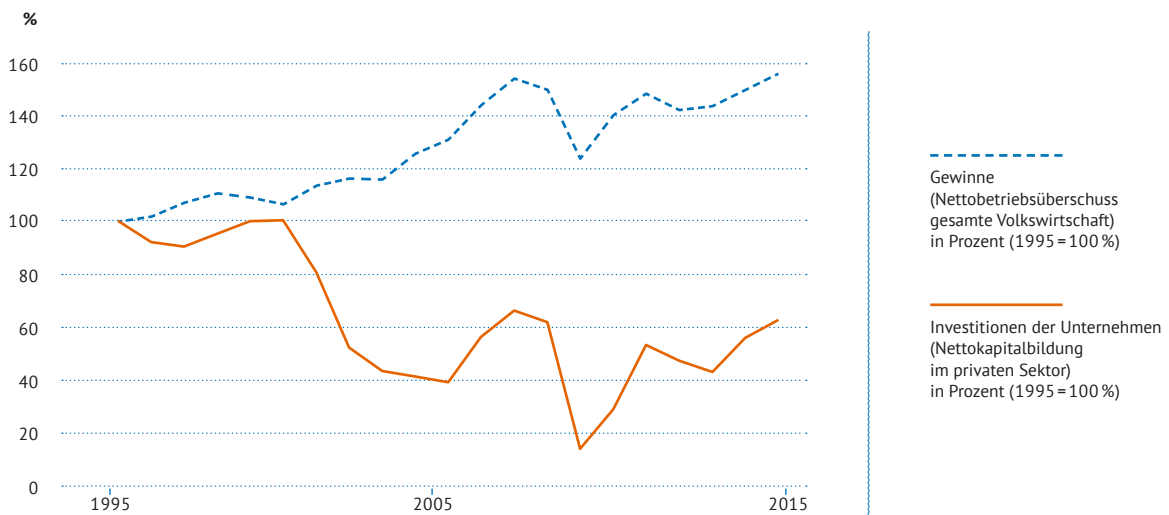
KAPITALBILDUNG DER NICHT-FINANZIELLEN UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND



Quelle: Stephan Schulmeister 2013: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei »Spielplanordnungen« und zwei Phasen des »langen Zyklus«. In: Jürgen Kromphardt (Hg.), *Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen. Schriften der Keynes-Gesellschaft Band 7*, Marburg, S. 141.

M3 Gewinne und Investitionen

GEWINNE UND INVESTITIONEN LAUFEN AUSEINANDER



Quelle: Ameco-Datenbank

M4 Investitions-
entscheidungen

	Gewinn des vergangenen Jahres	Gewinn des laufenden Jahres	Absatzerwartung für das folgende Jahr	Investition tätigen? JA / NEIN
A	Hoch	Hoch	Hoch	
B	Hoch	Niedrig	Niedrig	
C	Hoch	Hoch	Niedrig	
D	Hoch	Niedrig	Hoch	
E	Niedrig	Hoch	Hoch	
F	Niedrig	Niedrig	Niedrig	
G	Niedrig	Hoch	Niedrig	
H	Niedrig	Niedrig	Hoch	



Attac-Aktion an der Frankfurter Börse bei Ausbruch der Krise 2008
Foto: Attac

**M5 Gewinne = Investitionen =
Arbeitsplätze?**

1 »Gerd Bosbach hatte einen Verdacht. Den Ver-
dacht, auch Politiker könnten irren. Und handele
es sich auch um einen Altkanzler wie Helmut
Schmidt (SPD), also noch dazu einen, der als aus-
gesprochen kompetent gilt, nicht zuletzt in Fragen
der Volkswirtschaft. Schmidt hatte 1974 behaupt-
et, »die Gewinne von heute sind die Investitionen
von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen«.
Das klingt plausibel, findet Bosbach. Aber
als Professor für Empirische Wirtschafts- und
Sozialforschung fragte er sich, ob diese oft wiederholte
und für selbstverständlich wahr gehaltene
Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft wie
der Politik eigentlich wirklich stimmt.

15 Und weil Bosbach von Haus aus Wissenschaft-
ler ist, hat er sich mit dem Röntgenblick des
Statistikers das Zahlenskelett der Wirklichkeit
angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen:
Die Unternehmensgewinne sind in den zurück-
liegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen – die
Arbeitslosigkeit allerdings auch. Das aber bedeute
nun nichts anderes, sagt Bosbach, als dass der
behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen,
Investitionen und Arbeitsplätzen so nicht richtig
sei. Oder besser, genauer gesagt: Er sei zwar nicht
falsch, vor allem gelte die Umkehrung, ohne Ge-
winne keine Investitionen und ohne Investitionen
keine Arbeitsplätze – aber es sei doch offenbar so,
dass die These »mindestens einseitig« ist, sagt Bos-
bach. »Sie erfasst nicht die ganze Wirklichkeit.«

35 Weil sie aber, obwohl offenbar »eher ein Glau-
bensdogma als eine wissenschaftlich bewiesene
Tatsache«, das Handeln von Unternehmern und
Bundesregierungen wesentlich mitbestimmt,
wollte Bosbach es genauer wissen. Und hat nach-
gefragt. [...] Bei denen, die es wissen müssen,
den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und
Dachverbänden der Arbeitgeber. Da Gewinne,
Investitionen und Arbeitsplätze von der Wirt-

40 schaftsstatistik gemessen werden, müsste, so
Bosbachs Erwartung, der Zusammenhang leicht
belegbar sein.

[...] »Die Rückmeldungen waren – vorsichtig
ausgedrückt – bemerkenswert«, sagt Bosbach
dem Tagesspiegel. Manche, wie das Ifo-Institut,
hätten gar nicht reagiert, andere nicht viel Klä-
rendes beitragen können. Das arbeitgebernahe
Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln schrieb:
»Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir
nicht bekannt.« Das Essener Forschungsinstitut
RWI konstatierte, »mit Unternehmensgewinnen,
Investitionen, Schaffung und Arbeitsplätzen ist al-
lerdings ein sehr komplexes Thema angesprochen,
das Sie in dieser Form zumeist nicht fertig aufbe-
reitet vorfinden werden«. Insgesamt, sagt Bosbach,
könnte sich der Eindruck ergeben, »dass eines der
Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschafts-
politik basiert, anhand von Fakten nie überprüft
wurde«. [...] Das halte er denn doch für »sehr un-
wahrscheinlich«, sagt Bosbach: »Eine Lüge.«

60 Von, wie er unterstellt, interessierter Seite. »Ein
Blick auf die Daten der vergangenen 30 Jahre zu
Gewinnen und Arbeitslosigkeit lässt eher vermu-
ten, dass die Ergebnisse den Lobbyisten der Wirt-
schaft einfach nicht passten.« Für die Schaffung
von Arbeitsplätzen nämlich könnten Aufträge –
sprich die Nachfrage – wichtiger sein als Gewinne,
die investiert werden. Wer das ernst nähme, müs-
ste allerdings eine andere Politik machen. Eine,
die nicht nur auf gute Rahmenbedingungen für
Unternehmer abziele, etwa durch Steuersenkun-
gen oder die Forderung nach Lohnzurückhaltung.
Sondern eine, deren vornehmstes Ziel es wäre,
die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Dafür fehle
es aber derzeit offenbar an durchsetzungsfähigen
Fürsprechern.« ■ Quelle: Michael Schmidt, *Der Tagesspiegel* vom

17.08.2008

Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage, und beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene Expertengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

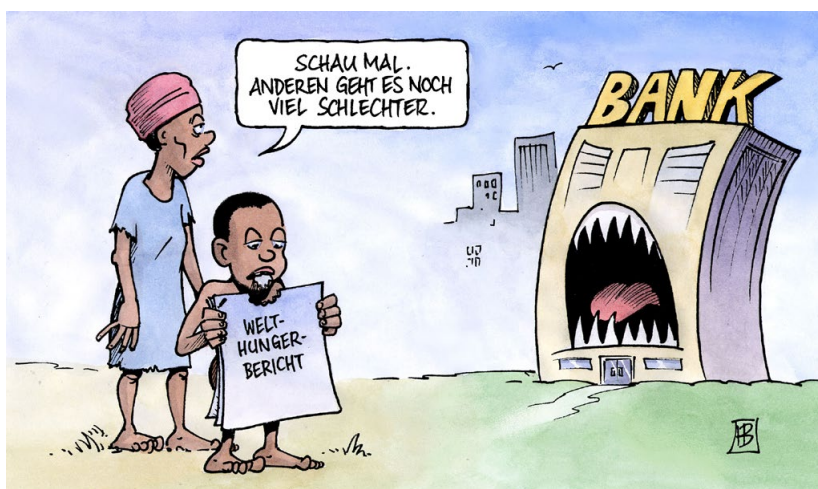
— ARBEITSVORSCHLAG GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Tauschen Sie sich über das Schaubild (M1) aus. Worum geht es, was verstehen Sie und was ist Ihnen unklar? Teilen Sie die Infotexte in Ihrer Gruppe auf: Banken, Zweckgesellschaften, Ratingagenturen, Investoren.

2. Expertengruppen: Bilden Sie neue Gruppen mit den entsprechenden Vertreter_innen aus den anderen Gruppen. Besprechen Sie gemeinsam den

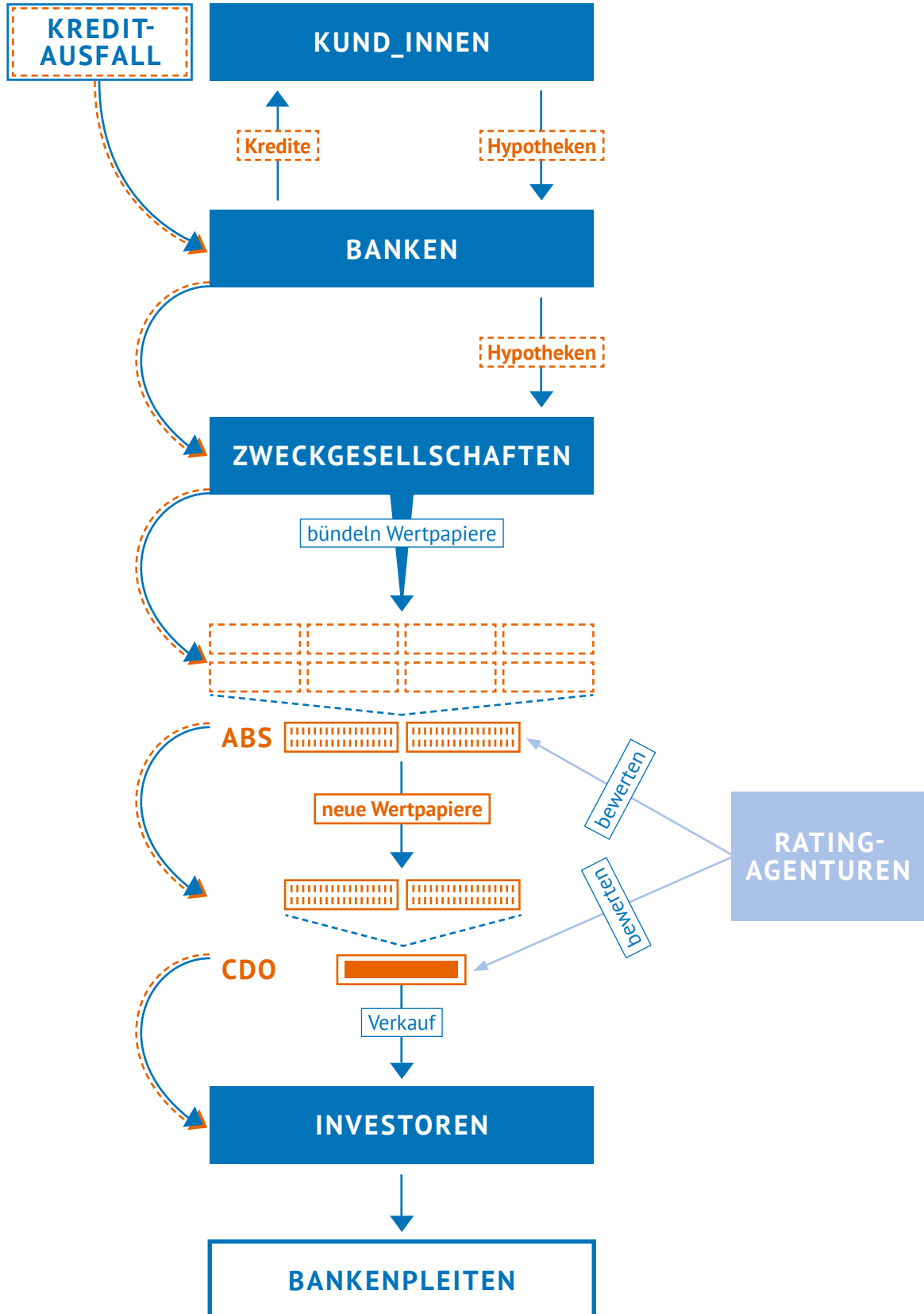
Infotext zu Ihrem Ausschnitt des Schaubildes, bis ihn alle sicher erklären können.

3. Stammgruppen: Treffen Sie sich wieder in Ihren ursprünglichen Gruppen und tragen Sie die Ergebnisse zusammen: Welche verschiedenen Entwicklungen werden im Schaubild M1 dargestellt? Bereiten Sie gemeinsam einen Kurzvortrag vor, in dem Sie Entwicklung der weltweiten Finanzkrise anhand des Schaubildes erläutern.



Welthungerbericht
© Harm Bengen, www.harmbengen.de

M1 Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise



M2 **Infotexte zu Akteuren
der Finanzkrise**

INFO

Die US-Banken und die Hypothekenkredite Eine Hypothek ist die Hinterlegung einer Immobilie (Häuser und Grundstücke) als Pfand. Meistens werden Hypotheken im Gegenzug zu Krediten hinterlegt. Also eine Bank leiht einer Person Geld, sie kauft davon ein Haus und hinterlegte das Haus als Sicherheit bei der Bank. Natürlich wird nicht das gebaute Haus hinterlegt, sondern ein Papier nämlich die Hypothek. Laut diesem Papier gehört das Haus der Bank, wenn die Person ihre Kreditraten nicht mehr zurückzahlen kann (Kreditausfall). In den USA haben die Banken vor der Krise viele solcher Hypothekenkredite vergeben. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite (zum Beispiel für ein neues Auto) aufgenommen. Doch irgendwann gingen die Nachfrage nach Häusern und damit ihr Wert wieder zurück und viele Menschen konnten ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen.

Zweckgesellschaften und gebündelte Wertpapiere Banken dürfen nur eine bestimmte Menge an Geld an ihre Kund_innen verleihen (Kredite vergeben). Wenn sie mehr Geld verleihen wollen, dann können sie aber ihre alten Kreditverträge (mit den Kund_innen) an eine Zweckgesellschaft verkaufen, die sie selbst gründen. Solche Zweckgesellschaften sind Finanzierungsgesellschaften von Banken, die aber nicht als (Teil der) Bank gelten. Die Zweckgesellschaft kauft ihrer Bank einen Kreditvertrag ab, das heißt, sie bekommt jetzt die regelmäßigen Rückzahlungen des Kredits plus Zinsen von der ursprünglichen Kund_in der Bank. Aber woher hat die Zweckgesellschaft das Geld, um ihrer Bank den Kreditvertrag abzukaufen? Sie ›bündelt‹ mehrere solcher Kreditverträge und verkauft sie als neues Wertpapier (Asset-Backed Security, kurz ABS) weiter. Jetzt bekommt die Käufer_in dieses Wertpapiers die regelmäßigen Rückzahlungen der gebündelten Kredite plus Zinsen, aber sie hat auch den Verlust, wenn die Kredite nicht zurückgezahlt werden.

Ratingagenturen und die Bewertung der Papiere Ratingagenturen sind private Unternehmen. Sie versuchen abzuschätzen, ob andere Unternehmen oder Staaten kreditwürdig sind, das heißt, ob sie geliehenes Geld auch wirklich mit Zinsen zurückzahlen können. Ähnlich bewerten die Ratingagenturen die Sicherheit von Wertpapieren. Damit liefern sie Investoren, die Geld anlegen (gegen Zinsen verleihen) wollen, Hinweise wo sie das vermeintlich sicher tun können. Allerdings zahlen in der Regel nicht die Investoren für die Ratings, sondern diejenigen, die bewertet werden. Das heißt, Unternehmen (und teilweise auch Staaten) zahlen dafür, dass eine Ratingagentur ihre Kreditwürdigkeit oder ihre Wertpapiere bewertet. Mit einer guten Bewertung müssen sie dann weniger Zinsen für geliehenes Geld bezahlen oder können Wertpapiere teurer verkaufen. Allerdings können die Bewertungen (Ratings) auch falsch sein, ohne dass die Agenturen dafür haften. So waren zum Beispiel viele gebündelte Hypothekenvwertpapiere (Asset-Backed Security, kurz ABS) im Vorfeld der Finanzkrise 2008 zu gut bewertet. Mehrere ABS konnten dann wiederum zu neuen Wertpapieren gebündelt werden (so genannten Collateralized Debt Obligations, kurz CDO), die wiederum von Ratingagenturen bewertet wurden und dann weiter verkauft werden konnten.

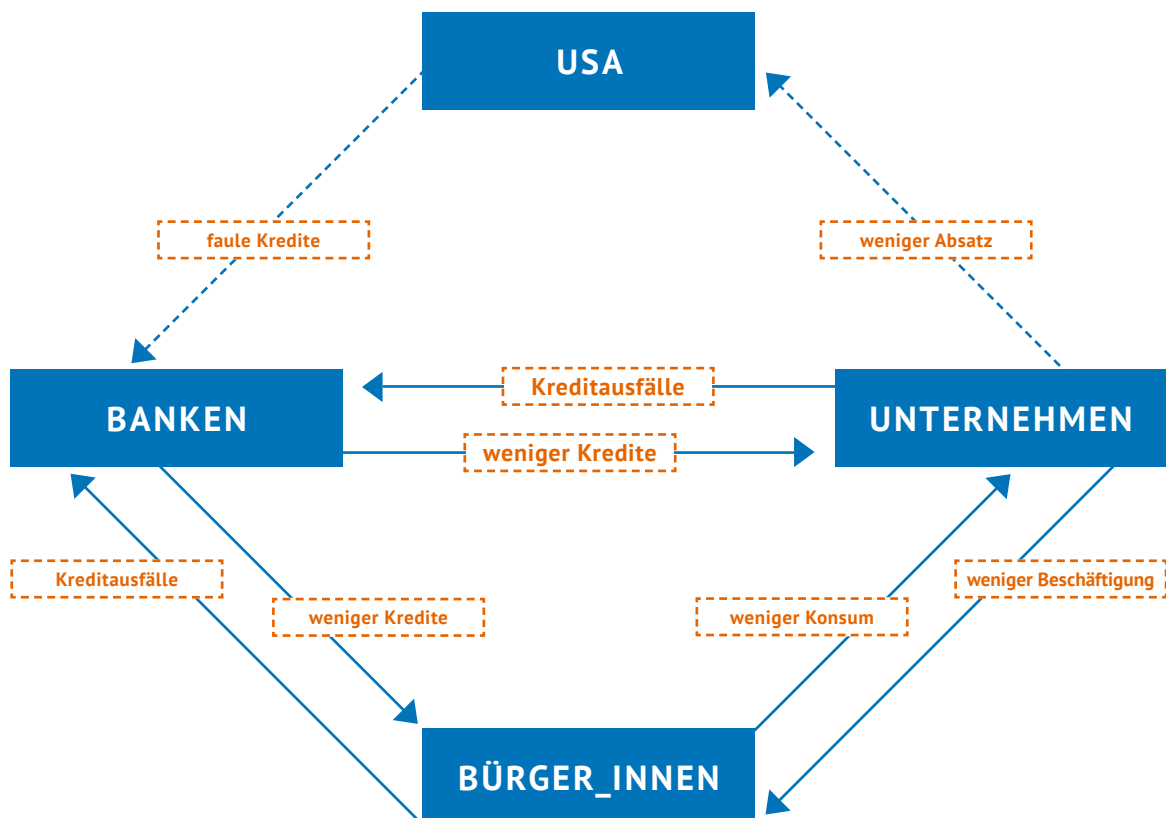
Investoren und die globale Pleitewelle Investoren sind Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und ähnliche Unternehmen, die viel Geld im Auftrag ihrer Kundschaft verwalten. Sie sammeln dieses Geld von wenigen Superreichen und von vielen Kleinsparer_innen ein und versuchen es für diese sicher und gewinnbringend anzulegen. Das heißt, sie verleihen es gegen Zinsen beziehungsweise sie kaufen gewinnbringende Wertpapiere. Bei der Frage, wie sicher ein Papier ist, orientieren sich die Investoren an den Bewertungen von Ratingagenturen. Vor der Finanzkrise galten gebündelte US-Hypothekenkredite als relativ sicher und gewinnbringend. So wurden diese Papiere von Investoren aus der ganzen Welt gekauft, unter anderem von deutschen und anderen europäischen Banken. Mit Ausbruch der Krise wurde dann aber deutlich, dass viele der Kredite, die in diesen Papieren ›gebündelt‹ waren, nicht zurückgezahlt wurden. Damit sank der Wert der Papiere schlagartig und viele Banken standen wegen dieser Verluste vor dem Bankrott.

Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

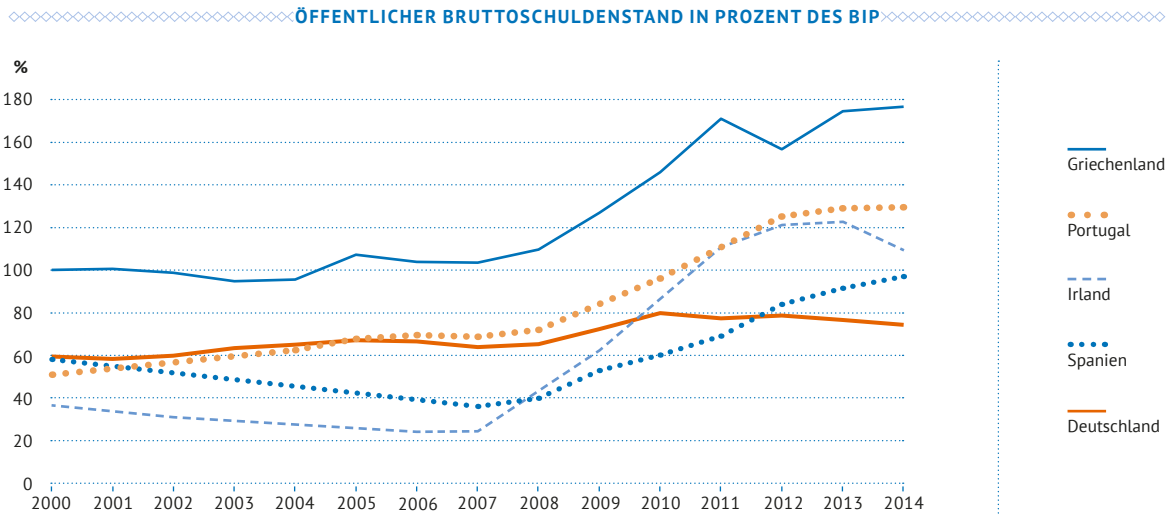
ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie drei Gruppen: Banken, Unternehmen und Bürger_innen. Besprechen Sie, was das Schaubild M1 für Ihre Gruppe bedeutet und schildern Sie diese Situation in fünf Sätzen.
2. Welche Auswirkungen hatte die US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa? Erläutern Sie das Schaubild M1 in eigenen Worten.
3. Nehmen Sie zu folgender Frage Stellung: Soll der Staat in dieser Situation eher sparen, weil die hohe Arbeitslosigkeit und die Stützung von Banken schon viel gekostet haben oder soll er durch Investitionen Aufträge für Unternehmen schaffen? Nehmen Sie bei Ihren Überlegungen Bezug auf die Grafik M2 und den Text M3.

M1 Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa



M2 Schuldensprung durch die Krise



Quelle: Eurostat-Datenbank

M3 Krisenmanagement

1 »Das erfolgreiche Krisenmanagement der vergan-
genen beiden Jahre stellt nach Analyse von WSI
und IMK »eine Rückbesinnung auf die Traditi-
onen der solidarisch-korporatistischen Seite des
deutschen Arbeitsmarktmodells« dar. Dazu zählen
sie neben der »Wiederentdeckung der Kurzarbeit«
auch die fiskalpolitische Stabilisierung durch die
Konjunkturpakete. »Deutschland ist auch deshalb
so gut aus der Krise gekommen, weil es die Fehler
aus dem vorletzten Abschwung nicht wieder-
holt hat«, schreiben die Forscher. Die erweiterten
Möglichkeiten, sich von Beschäftigten zu trennen,
sind nicht genutzt worden. »Wenn Arbeitsmarkt-
deregulierungen wie Hartz IV eine Rolle in der
Krise gespielt hätten, dann hätten wir kein ›Job-
wunder‹ beobachtet, sondern stark steigende
Arbeitslosigkeit«, sagt Dr. Alexander Herzog-
Stein vom WSI. »Deutschland hat eindeutig die

bessere Strategie gewählt. Das Beispiel USA zeigt,
wie schwer es ist, mit einer hohen Arbeitslosigkeit
aus der Krise zu kommen.«

Die Wissenschaftler empfehlen, die Erfahrun-
gen aus dem erfolgreichen Krisenmanagement zu
nutzen, um den sich abzeichnenden Aufschwung
zu stabilisieren. Neben höheren staatlichen Investition-
en, insbesondere im Bildungs- und Energie-
bereich, halten sie eine stärkere Lohnentwicklung
für sinnvoll. Lohnerhöhungen sollten sich künftig
wieder an der mittelfristigen Produktivitäts-
entwicklung orientieren. Damit ergebe sich ein
gesamtwirtschaftlicher Spielraum von etwa 3,5
Prozent. Ein gesetzlicher Mindestlohn sei ein
sinnvoller Beitrag, um eine stärkere Lohnent-
wicklung zu unterstützen, so die Experten von
IMK und WSI.« ■ Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Pressemitteilung
vom 2.11.2010

INFO

Erläuterungen

- WSI: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in Düsseldorf
- IMK: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf
- Solidarisch-korporatistische Seite des deutschen Arbeitsmarktmodells: gemeint ist ein Zusammenwirken der Tarifpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände)
- Fiskalpolitik: Die Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffende Politik
- Konjunkturpakete: Besondere und in der Regel kreditfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates in Krisenzeiten.

Staatschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie zwei Gruppen, die sich jeweils mit einer »Krisenerzählung« (M1 oder M2) auseinandersetzen. Besprechen Sie, mit welchem Diagramm (M3 oder M4) sich Ihre Erzählung untermauern lässt.
2. Bereiten Sie eine kurze Präsentation Ihrer Krisenerzählung vor, in der Sie auf das passende Diagramm verweisen.
3. Diskutieren Sie folgende Fragen: Welche Krisenerzählung halten Sie für plausibler? Inwiefern

sprechen die beiden Diagramme für oder gegen die jeweilige Erzählung?

4. Worin unterscheidet sich die Krisenerzählung nach Karl Marx (M5) von den beiden anderen Krisenerzählungen? Welche Kritikpunkte an M1 und M2 werden genannt? Was könnte es konkret bedeuten, dass die »Produktion gesellschaftlich kontrolliert und die Ziele und Mittel der Produktion neu bestimmt« werden sollen?

Die »neoklassische Krisenerzählung«: Die Krise ist hauptsächlich

M1 aufgrund von fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verschwenderischer Staatsausgaben in den Krisenländern entstanden

1 »Ein erster einflussreicher Diskurs in den gegenwärtigen Debatten, basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule, geht davon aus, dass die heutigen Krisenländer nach der Einführung des Euro 1999 zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese Ansicht kann wie folgt zusammengefasst werden: Anstatt die nach Einführung des Euros zusätzlichen Kapitalströme für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von öffentlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und dementsprechend hat sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verschlechtert. Deshalb nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen geführt hat. Einhergehend mit der Ursachenbeschreibung, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern der Krise zugrunde liegen, wird auf folgende wirtschaftspolitische Implikationen hingewiesen: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese angebotsorientierten Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und fiskalische Kürzungsmaßnahmen. Schließlich wird die Krise generell als Staatsschuldenkri-

se eingestuft. Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nie mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nie mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Regeln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Verschuldung. Letztere Staaten verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, sobald die Krise ausgebrochen war. Neoklassische ÖkonomInnen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder durch einen Bail-out »gerettet« werden sollen. Für einen solchen Vorgang müssten andere, finanziell besergestellte Staaten der Eurozone haften. Hinter der Ablehnung verbirgt sich das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen die Vertreter dieses Ansatzes, dass die Regeln der Maastricht-Kriterien hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet und verschärft werden.« ■ Quelle:

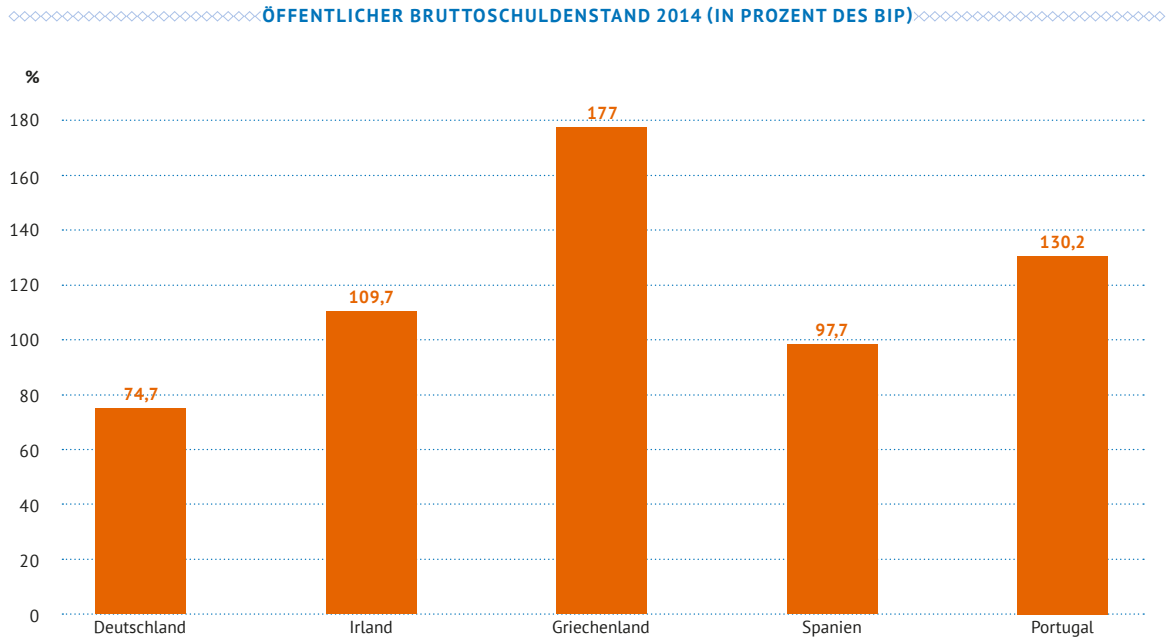
Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015): *Die Eurokrise unterrichten*, S. 6.

Die »keynesianische Krisenerzählung«:

M2 Restriktive Fiskalpolitik und Lohnzurückhaltung in Exportüberschussländern wie Deutschland sind ein großer Teil des Problems

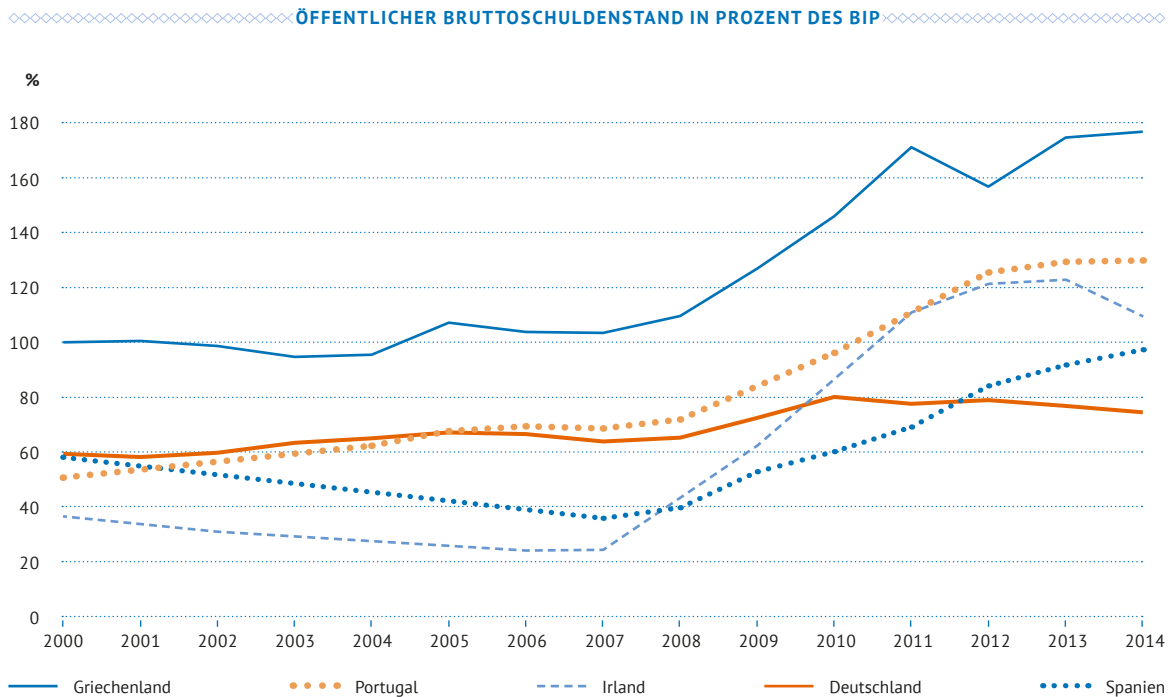
1 »Keynesianische ÖkonomInnen kritisieren die
 . soeben dargelegte »angebotsorientierte« Deutung
 . der Krise. Sie argumentieren insbesondere, dass
 . die Exportdefizite der heutigen Krisenländer
 5 nicht zuletzt die Kehrseite der schwachen Binnen-
 . nachfrage und übermäßiger Abhängigkeit von
 . Nettoexporten einer Reihe von Ländern im »Zen-
 . trum« der Eurozone gewesen sind. Es ist eindeutig,
 . dass den Exportüberschüssen einer Gruppe von
 10 Ländern (darunter Deutschland, Österreich, die
 . Niederlande und andere) Exportdefizite in an-
 . deren Ländern (darunter Griechenland, Spanien,
 . Portugal, aber auch Frankreich und Italien) gegen-
 . überstehen müssen. Der keynesianischen Analyse
 15 zufolge haben sowohl die Stagnation der Reallöh-
 . ne sowie der mittleren Einkommen als auch die
 . restriktive Fiskalpolitik vor allem in Deutschland,
 . bei Weitem Europas größte Wirtschaft, zu den
 . Handelsungleichgewichten innerhalb der Euro-
 20 zone beigetragen. Die Gründe hierfür sind gemäß
 . dieser Kriseninterpretation, dass Lohndeflation,
 . Deregulierung des Arbeitsmarkts und Kürzungen
 . in Deutschlands Sozialversicherungssystemen die
 . Konsumnachfrage geschwächt haben, während
 25 die Regierung gleichzeitig eine prozyklische und
 . kontraktive Fiskalpolitik in den ersten Jahren nach
 . Einführung des Euros umgesetzt hat. Da Nach-
 . frage und Inflation in Deutschland in den Jahren
 . nach Einführung des Euros so niedrig waren,
 30 musste die Europäische Zentralbank die Zinsen
 . über einen langen Zeitraum niedrig halten, um
 . die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutsch-
 . land und anderen Ländern im »Zentrum« zu un-
 . terstützen. Dies hat das exzessive Wachstum der
 35 privaten Verschuldung insbesondere in den Län-
 . dern der Peripherie mit befördert.
 . [...] Ein entscheidender Beitrag zur Lösung
 . der Krise muss nach dieser Sichtweise daher von
 . den Überschussländern kommen, die ihre öffent-
 40 lichen Investitionen erhöhen und die Lohnzu-
 . rückhaltung aufgeben sollten. Austerität wird als
 . unpassende Antwort auf die Krise erachtet, weil
 . sie die Rezession verschlimmert und die Stabili-
 . sierung der Verschuldung aufgrund von sinken-
 45 den Einkommen und sinkender Steuereinnahmen
 . erschwert. Stattdessen werden antizyklische Fis-
 . kalpolitik und expansive Geldpolitik befürwortet,
 . um die ökonomische Situation des Euroraums zu
 . stabilisieren. Eine vertiefte wirtschaftliche Koope-
 50 ration der Euroländer wird gefordert. Idealerweise
 . sollte es eine Wirtschaftsregierung für die Wäh-
 . rungsunion und eine gemeinschaftliche Verant-
 . wortung für Staatsschulden geben – Maßnahmen,
 . die den vermehrten Einsatz von diskretionärer
 55 Fiskalpolitik anstelle eines ausschließlich regelba-
 . sierten Ansatzes ermöglichen sollten. Zumindest
 . sollten die fiskalischen Konsolidierungsmaßnah-
 . men und Lohnkürzungen in den Krisenländern
 . begrenzt und durch höhere Staatsausgaben und
 60 Lohnerhöhungen in den Überschussländern er-
 . gänzt werden.« ■ Quelle: Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015):
 . *Die Eurokrise unterrichten*, S. 7f.

M3 Das Schuldenstand ausgewählter Eurostaaten 2014



Quelle: Eurostat-Datenbank

M4 Entwicklung der Staatsschulden in Europa (von 2000 bis 2014)



Quelle: Eurostat-Datenbank

M5 Die »marxistische Krisenerzählung«: Die Spielregeln, nicht die Spieler. Die Finanzkrise nach Karl Marx

1 Profitmaximierung und Konkurrenz werden immer
 2 wieder Krisen wie die gegenwärtige hervorbringen. Eine
 3 Verstaatlichung tauscht lediglich die Akteure aus, ohne die
 4 Struktur anzutasten.

5
 6 »Nicht nur Politiker, auch Ökonomen haben ihre
 7 Not mit der Finanzkrise. Die an Universitäten
 8 und in Beratergremien vorherrschende neoklas-
 9 sische Wirtschaftstheorie kennt in ihren Markt-
 10 modellen überhaupt keine Krisen. Wenn es doch
 11 zu »Störungen« komme, dann nur durch Eingriffe
 12 von außerhalb des Marktes. Daher haben die Neo-
 13 klassiker jahrein, jahraus den angeblich so effizi-
 14 enten Markt angepriesen, der, wenn man ihn nur
 15 ließe, alle unsere Probleme lösen würde – von der
 16 Arbeitslosigkeit bis zu den Kosten von Altersrente
 17 und Gesundheit.

18 Inzwischen sind die Auftritte der radikalen
 19 Marktverfechter nur noch peinlich. [...] Keynesi-
 20 aner haben es etwas besser. Sie hatten schon immer
 21 auf die Grenzen des Marktes hingewiesen und be-
 22 tont, dass auch Lohnsenkungen nicht automatisch
 23 zu Vollbeschäftigung führten. Kapitalismus würde
 24 immer wieder Arbeitslosigkeit hervorbringen, da
 25 die Investitionen in der Regel nicht ausreichen,
 26 um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen. Mit einem
 27 unerschütterlichen Vertrauen in die Möglichkei-
 28 ten staatlichen Handelns forderten sie, dass der
 29 Staat mit Investitionsanreizen und Konjunktur-
 30 programmen Krisen entgegenwirken solle.

31 Wer die Wirtschaftskrisen nicht ignorierte oder
 32 auf prinzipiell kontrollierbare Störungen reduzier-
 33 te, war Karl Marx. Dass er jetzt wieder öffentliche
 34 Aufmerksamkeit erfährt, überrascht nicht. Zwar
 35 ist sein »Kapital« schon mehr als 140 Jahre alt, doch
 36 analysierte Marx nicht bloß den englischen Kapi-
 37 talismus seiner Zeit. Dieser, so betonte er, diene
 38 ihm nur als »Illustration« der »theoretischen Ent-
 39 wicklung«. Was er darstellen wolle, sei nicht eine
 40 bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus,
 41 sondern dessen grundlegende Strukturen und
 42 Mechanismen.

43 [...] Kapital ist [...] nicht einfach eine Wert-
 44 summe, sondern Wert, der sich verwertet, Mehr-
 45 wert hervorbringt – durch die Ausbeutung
 46 menschlicher Arbeitskraft. Diese Verwertung
 47 kennt keine innere Grenze, sie ist maßlos. Der
 48 Druck der Konkurrenz zwingt den einzelnen Ka-
 49 pitalisten diese Maßlosigkeit auf, ob sie individuell
 50 besonders gierig sind oder nicht, spielt dabei keine
 51 große Rolle.

52 Die unmittelbaren Produzenten, die Arbei-
 53 ter und Arbeiterinnen, sind in dieser auf immer
 54 mehr Verwertung ausgerichteten Produktion ein
 55 Kostenfaktor, den es zu reduzieren gilt, während
 56 gleichzeitig die Produktivität dieses Faktors immer
 57 weiter gesteigert werden soll. Diese Konstellation
 58 hat nicht nur äußerst zerstörerische Konsequenzen
 59 für die Arbeitskraft (wie auch für die Natur), sie
 60 bildet auch eine wesentliche Ursache der Krisen-
 61 haftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

62 Der permanenten Steigerung der Produktivität,
 63 die meist eine Produktionsausweitung erfordert,
 64 steht eine Tendenz zur Beschränkung der Kon-
 65 summöglichkeiten gegenüber, da aus Kosten-
 66 gründen Lohnhöhe und Beschäftigtenzahl gering
 67 bleiben sollen. Es ist, als ob man beim Autofahren
 68 Gaspedal und Bremspedal stets gleichzeitig betä-
 69 tigt, was auf Dauer nicht gut gehen kann. Nicht
 70 äußere Störungen, sondern das Ziel kapitalisti-
 71 scher Produktion, die beständige Steigerung der
 72 Kapitalverwertung, liegt der krisenhaften Ent-
 73 wicklung des Kapitalismus zugrunde.

74 [...] Unzureichend sind auch die momentan
 75 gängigen Krisenerklärungen, dass es sich bei den
 76 Finanzmärkten um Einrichtungen handle, die
 77 der kapitalistischen Produktion zwar äußerlich
 78 seien, die aber durch zu viel Spekulation und zu
 79 große Risikobereitschaft der Banken und Fonds
 80 erheblichen Schaden anrichten könnten. Derlei
 81 Erklärungen hält Marx entgegen, dass eine entfal-
 82 tete kapitalistische Produktion ohne entwickeltes
 83 Kreditsystem gar nicht möglich sei. [...] Eine ent-
 84 faltete kapitalistische Ökonomie ist nur bei sich
 85 ausdehnenden Kreditbeziehungen möglich. Ein
 86 entwickeltes Kreditsystem funktioniert aber nur,
 87 wenn der Kredit selbst, das heißt die verbrieften
 88 Schulden, zur handelbaren Ware werden, wenn es
 89 Finanzmärkte gibt.

90 [...] Zu kurz gegriffen ist auch die Forderung
 91 nach einer Verstaatlichung des Bankensektors.
 92 [...] Nicht die jeweiligen Spieler (ob öffentlich
 93 oder privat) sind das Problem, sondern die Spiel-
 94 regeln. Soll versucht werden, über ein verstaatlich-
 95 tes Bankensystem die kapitalistische Produktion
 96 in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken
 97 oder sie wenigstens weniger krisenhaft zu machen,
 98 dann muss auch in den kapitalistischen Charakter
 99 dieser Produktion eingegriffen werden. [...] Im
 100 Unterschied zu manchen Marxisten hatte Marx
 101 kein naives Vertrauen in Verstaatlichungen. Um
 102 die Spielregeln zu ändern, müsste die Produktion
 103 nämlich nicht nur gesellschaftlicher Kontrolle un-
 104 terworfen werden (was etwas anderes ist als staat-
 105 liche Kontrolle), vor allem müssten die Ziele und
 106 Mittel der Produktion neu bestimmt werden. So-
 107 lange jedoch Profitmaximierung und Konkurrenz
 108 vorherrschen, werden wir immer wieder Krisen
 109 wie die gegenwärtige erleben.« ■ Quelle: Michael Heinrich, *die*
 110 *tageszeitung* vom 14.01.2009